

UA Samstag, 11. Juni 2016

„Angemessene Preisgestaltung für Grundstücke“

Neu-Anspach (red). „In bester Klassenkampf-Manier“ habe die SPD im Zusammenhang mit der Aussage, städtische Grundstücke sollten laut CDU und B-NOW demnächst meistbietend versteigert werden, der B-NOW vorgehalten, „ein Herz für Reiche“ zu haben. Dazu Christian Holm: „Die B-NOW hat keine politische Bindung an eine Bevölkerungsgruppe und sieht sich als Interessensvertretung aller Bürger an.“

In der Vergabekommission und im Bauausschuss wurde darüber diskutiert, dass sich mehr als zehn Bewerber für ein besonders gut gelegenes Grundstück beworben hatten. Es sei nicht ganz logisch, dass es Einheitspreise für Grundstücke gebe, statt qualitative Unterschiede im Preis. Eine angemessene Preisgestaltung für Grundstücke, auch mal unter dem vorgegebenen Durchschnittspreis, würde sicher auch den jungen Familien entgegenkommen, die mit kleinerem Budget bauen wollen und denen der unverbaubare Feldbergblick vielleicht nicht so wichtig ist, meint Roland Höser, der für die B-NOW in der Vergabekommission sitzt. Das Thema sei unter verschiedenen Aspekten lebhaft diskutiert worden, ein offizieller Antrag jedoch nicht eingebracht, so dass die SPD-Attacke sehr fragwürdig erscheine.

„Frau Seifert agiert deutlich unprofessionell,“ stellt Fraktionsvorsitzender Bernd Töpferwien zur SPD-Stadträtin fest: „Es ist schon sonderbar, dass sich die SPD bei Baugrundstücken zum Bewahrer sozialer Gerechtigkeit ernannt. War es doch auch die SPD, die die aktuellen Bebauungspläne der Stadt mit Grundstücksgrößen zwischen 416 bis 581 Quadratmetern bei Einzelhausbebauung (Jahnstraße) mitgetragen hat, was für junge Familien mit Kindern trotz niedriger Zinsen sicher nicht bezahlbar ist.“

Dennoch erscheine es sinnvoll, eine ergebnisoffene Diskussion um Grundstückspreise zu führen. „Es lässt sich für jedermann nachvollziehen, dass ein trockenes, ebenes Grundstück einen höheren Wert hat als ein nasses oder ein felsiges Hanggrundstück. Ein transparentes und nachvollziehbares Bonus-Malus-System wie in Dietzenbach, das die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt, schaffe hier mehr soziale Gerechtigkeit, so Artur Otto. „Das Thema sollte ohne klassenkämpferische Diskreditierungen sachlich geprüft und diskutiert werden.“ Auch die CDU und ihr Mandatsträger Andreas Moses hatten die SPD-Kritik zurückgewiesen.